

## Öffentliche Bekanntmachung – Allgemeinverfügung

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erlässt auf Grundlage des § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28.07.2011 (BGBl. I S.1690), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.12.2025 (BGBl. 2025 I. Nr. 351) folgende

### Veränderungssperre:

#### I.

1. Zur Sicherung des in der Entscheidung zur Bundesfachplanung für das Vorhaben Nr. 49 (Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Lippetal/Welver/Hamm) der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG), Abschnitt Nord 1 (Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Friesland) vom 24.10.2025 (Gz.: 805 - 6.07.00.02/49-2-5/25.0) ausgewiesenen raumverträglichen Trassenkorridors für die spätere Planfeststellung der Höchstspannungsleitung wird eine Veränderungssperre erlassen.

Die Veränderungssperre erstreckt sich räumlich auf den kartografisch entsprechend ausgewiesenen Bereich des Trassenkorridors auf dem Gebiet der Gemeinde Schortens (Stadt) im Landkreis Friesland (Bundesland Niedersachsen).

Folgende Flurstücke der Gemeinde Schortens (Stadt), Gemarkung Schortens sind von der Veränderungssperre erfasst:

- Flur 15, Flurstücke 110 und 109/5 jeweils teilweise
- Flur 20, Flurstücke 111/3 und 395/112 jeweils teilweise
- Flur 28, Flurstück 15/14 teilweise.

Die als Anlage beigefügte kartografische Darstellung des Gebietes, auf das sich die Veränderungssperre erstreckt, ist Bestandteil dieser Verfügung und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur [www.netzausbau.de/vorhaben49n1](http://www.netzausbau.de/vorhaben49n1) abrufbar. Der benannte Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst alle Flurstücke und Flurstücksteile innerhalb der kartografischen Darstellung, die durch eine rote gestrichelte Linie umgrenzt werden.

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

- keine Vorhaben oder baulichen Anlagen verwirklicht werden, die einer Verwirklichung der Stromleitung entgegenstehen, und
- keine sonstigen erheblichen oder wesentlich wertsteigernden Veränderungen am Grundstück oder an baulichen Anlagen auf dem Grundstück durchgeführt werden.

2. Die Veränderungssperre gilt am 18.06.2026 als bekannt gegeben. Die Bekanntmachung erfolgt in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.

Die Veränderungssperre ist auf fünf Jahre befristet.

3. Für die Allgemeinverfügung werden Kosten nicht erhoben.

## II.

### Sachverhalt

In der Entscheidung zur Bundesfachplanung (Gz.: 805 - 6.07.00.02/49-2-5/25.0) vom 24.10.2025 ist für den Abschnitt Nord 1 (Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Friesland) des Vorhabens Nr. 49 (Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Lippetal/Welver/Hamm) der Anlage zum BBPIG ein raum- und umweltverträglicher Trassenkorridor festgelegt worden.

In der Bundesfachplanung werden für die in einem Bundesbedarfsplangesetz nach § 12e Abs. 4 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als länderübergreifend oder grenzüberschreitend gekennzeichneten Höchstspannungsleitungen Trassenkorridore bestimmt. Mit dem Erlass des BBPIG durch den Bundesgesetzgeber stehen die Anfangs- und Endpunkte der Vorhaben fest.

Gemäß § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG wird mit Erlass des Bundesbedarfsplans für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt. Den Abschluss der Bundesfachplanung bildet die Entscheidung der Bundesnetzagentur über die Bundesfachplanung nach § 12 Abs. 2 NABEG. Diese enthält die kartografische Darstellung des Verlaufs eines raumverträglichen Trassenkorridors für eine Ausbaumaßnahme des Bundesbedarfsplans. Bei dem Trassenkorridor handelt es sich um einen bis zu 1.000 Meter breiten Gebietsstreifen. Der durch die Bundesfachplanung bestimmte Trassenkorridor ist für die in Abschnitt 3 des NABEG geregelten nachfolgenden Planfeststellungsverfahren, in denen bestimmt wird, wo genau innerhalb des Trassenkorridors die Stromleitung verlaufen wird, verbindlich.

Der in der Bundesfachplanungsentscheidung festgelegte Trassenkorridor passiert im Trassenkorridorsegment (TKS) V49-02a im für die vorliegende Veränderungssperre maßgeblichen Korridorbereich östlich der Ortslage Ostiem das Gemeindegebiet der Stadt Schortens. Von Nordosten nach Südosten verläuft mittig im Korridor die Eisenbahnstrecke „Schortens Weißer Floh – Wilhelmshaven Nord DB Grenze“ durch den Korridor. Parallel hierzu verläuft westlich der Bahnstrecke eine Gasleitung sowie der sich in Planung befindliche Nordsee-Ruhr-Link (NRL) als Wasserstoffleitung. Von Nordosten ragt der bestehende „Windpark Ostiem“ in den Korridor hinein. In diesem Gebiet ist ein Repowering der Altanlagen geplant. Hierzu wurde die 20. Änderung des Flächennutzungsplans „Windenergie im Stadtgebiet Schortens“ beschlossen und der Bebauungsplan Nr. 100 „Windpark Ostiem“ am 04.08.2025 aufgehoben sowie die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 156 „Energiepark Ostiem“ beschlossen. Der Trassenkorridor quert die von Nordwesten nach Osten verlaufende Bundesstraße 210 (B210). Südlich davon quert er das Fließgewässer „Bohlwarfer Leide“ (Gewässer 2.Ordnung), die Kreisstraße „Oldenburger Straße“ (K294) und einige Versorgungsleitungen sowie einen Wirtschaftsweg. Anschließend quert der Trassenkorridor die von Westen nach Südosten verlaufende Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“. Zwischen der „Oldenburger Straße“ (K294) und der Bahnstrecke „Sande – Jever“ befindet sich eine Biotopverbundfläche nach § 20 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 3 Abs. 2 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG) sowie eine bestehende Kompensationsfläche. Am westlichen Korridorrand ragt das Gewerbegebiet „Ostiem“ der Stadt Schortens in den Korridor, welches zusätzlich als zentrales Siedlungsgebiet raumordnerisch gesichert ist. Das bestehende Gewerbegebiet wird zudem über die erste Änderung des Bebauungsplans Nr. 95 „Gewerbegebiet Ostiem“ der Stadt Schortens erweitert. Im südlichen Korridorbereich quert der Trassenkorridor die Fließgewässer „Schortenser Leide“ (Gewässer 2.Ordnung) sowie „Ostierner Gastgraben“ (Gewässer

2.Ordnung). Südlich davon befindet sich im südwestlichen Korridorbereich die Fläche für einen geplanten Windpark „Energiepark Schortens Süd“. Die Fläche wurde durch die 20. Änderung des Flächennutzungsplans „Windenergie im Stadtgebiet Schortens“ als Sonderbaufläche für Windenergie ausgewiesen und der Bebauungsplan Nr. 153 „Energiepark Schortens Süd“ erlassen. Im Südosten liegt das FFH-Gebiet („Teichfledermaus-Habitate im Raum Wilhelmshaven“; DE-2312-331) sowie das Landschaftsschutzgebiet („Teichfledermausgewässer“; LSG FRI 00128) entlang des Fließgewässers „Upjeversches Tief“.

Mit Schreiben vom 19.12.2025 hat der Vorhabenträger unter Darstellung der besonderen räumlichen Situation im TKS V49-02a im Bereich der Querung der B210 östlich des Ortsteils Ostiem die Sicherung des Passageraumes mittels einer Veränderungssperre bei der Bundesnetzagentur angeregt:

Der geplante Trassenverlauf soll der potentiellen Trassenachse entsprechen, wie sie sich in den Unterlagen nach § 8 NABEG auf Bundesfachplanungsebene darstellt. Die Trasse soll von Nordosten kommend westlich der Eisenbahnstrecke „Schortens Weißer Floh – Wilhelmshaven Nord DB Grenze“ und ebenfalls westlich der bestehenden Gasleitung sowie der in Parallellage dazu geplanten Wasserstoffleitung in der westlichen Korridorhälfte verlaufen. Im Weiteren direkten, gradlinigen Verlauf nach Süden soll die B210 geschlossen gequert werden. Direkt anschließend soll das Fließgewässer „Bohlwarfer Leide“, die „Oldenburger Straße“ (K294) und einige Versorgungsleitungen sowie ein Wirtschaftsweg unterquert werden. Südlich der Querung der B210 soll die Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ ebenfalls geschlossen gequert werden. Zwischen der „Oldenburger Straße“ und der Bahnstrecke „Sande – Jever“ sollen auch eine Biotopverbundfläche sowie eine Kompensationsfläche gequert werden. Dabei sollen nach der aktuellen Trassenplanung alle oben genannten Kreuzungsobjekte mit einem durchgehenden Mikrotunnel von nördlich der B210 bis südlich der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ unterquert werden. Anschließend soll die geplante Trasse zunächst in einem Bogen nach Westen geführt werden, um dann am äußersten westlichen Rand des Korridors zu verlaufen. Dabei sollen die Fließgewässer „Ostierner Gastgraben“ und „Schortenser Leide“ geschlossen gequert werden. Nördlich der Querung der B210 ist die Errichtung eines Muffenstandortes geplant.

Der Vorhabenträger hat diesen Korridorabschnitt als Bereich identifiziert, in dem die Realisierung des Vorhabens erheblich erschwert werden könnte, sofern diese durch Fremdplanungen oder entgegenstehende Nutzungen in Anspruch genommen wird. Eine ggf. hierdurch erforderlich werdende gerichtliche Klärung auf dem regulären Instanzenweg würde Jahre in Anspruch nehmen mit entsprechenden zeitlichen Verzögerungen für den Bau und die Inbetriebnahme der Höchstspannungsleitung.

### III.

#### **Begründung**

Der Erlass der Veränderungssperre beruht auf § 16 NABEG.

1. Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 31 Abs. 1 NABEG i. V. m. § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG für den Erlass der Veränderungssperre zuständig.

Auf eine Anhörung konnte vor Erlass der Veränderungssperre im vorliegenden Fall verzichtet werden. Gemäß § 16 Abs. 3 Satz 1 NABEG ergeht die Veränderungssperre als Allgemeinverfügung. Von der Anhörung nach § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15.07.2024 (BGBl. I Nr. 236), soll gem. § 16 Abs. 3 Satz 2 NABEG abgesehen werden. Die Anhörung ist vorliegend nach den Umständen des Einzelfalles nicht geboten. Es liegen keine besonderen Umstände vor; insbesondere besteht keine Kenntnis über Genehmigungen baulicher Anlagen (vgl. BT-Drs. 230/23, S.149).

Die Allgemeinverfügung ist in einer nach § 37 Abs. 2 und 3 VwVfG zulässigen Form ergangen.

2. Um den im Rahmen der Bundesfachplanung festgelegten Trassenkorridor abzusichern, ist der Erlass der Veränderungssperre in dem unter I.1 genannten Umfang erforderlich.

#### 2.1 Tatbestand

Die Veränderungssperre setzt nach § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG voraus, dass die Bundesfachplanung abgeschlossen ist, dass für die Leitung ein vordringlicher Bedarf im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG festgestellt wird und dass anderenfalls die Möglichkeit besteht, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird.

Die Bundesfachplanung für das Leitungsvorhaben Nr. 49 Wilhelmshaven /Landkreis Friesland – Lippetal /Wolver /Hamm im Abschnitt Nord 1 Wilhelmshaven/Landkreis Friesland - Friesland ist mit Entscheidung der Bundesnetzagentur vom 24.10.2025 abgeschlossen worden. Die Bundesfachplanungsentscheidung beruht auf § 12 NABEG.

Für das Vorhaben ist durch gesetzliche Regelung ein vordringlicher Bedarf festgestellt worden, § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG. Das Vorhaben Höchstspannungsleitung Wilhelmshaven / Landkreis Friesland – Lippetal / Wolver / Hamm ist in der Anlage zum BBPlG als Vorhaben Nr. 49 aufgeführt.

Ohne die Veränderungssperre besteht die Möglichkeit, dass die Trassierung der im festgelegten Trassenkorridor zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert oder sogar unmöglich wird. Aus dem Zweck des § 16 NABEG, das Leitungsvorhaben zu sichern, und dem Charakter des § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz (GG) ist zu folgern, dass eine Veränderungssperre dann erlassen werden kann, wenn sich eine potenziell plangefährdende Maßnahme in jenem Bereich abzeichnet, welcher im Trassenkorridor für eine mögliche Trasse in Betracht kommt. Da aber bereits die Möglichkeit einer erheblichen Erschwerung ausreicht, sind keine zu strengen Anforderungen zu stellen (BT-Drs. 19/7375, S. 76).

Es genügt bereits die Möglichkeit, dass die an den festgelegten Trassenkorridor gebundene Trassierung durch neue tatsächliche oder rechtliche Hindernisse erheblich erschwert wird. Mit diesem weiten Maßstab soll im Interesse der zügigen Verwirklichung des energiewirtschaftlich vordringlichen Vorhabens das an die Bundesfachplanung anschließende Planfeststellungsverfahren gesichert und so verhindert werden, dass der für die Planung zur Verfügung stehende Raum durch die Vorhabenrealisierung beeinträchtigende Maßnahmen verengt wird. Es reicht dabei, wenn solche Maßnahmen nicht völlig ausgeschlossen bzw. fernliegend sind (BVerwG, Beschl. v. 29.07.2021, 4 VR 8.20, Rn. 20).

Im Geltungsbereich der Veränderungssperre und dem näheren räumlichen Umfeld sind Trassierungsmöglichkeiten durch bereits existierende Raumnutzungen und naturräumliche Elemente innerhalb des festgelegten Trassenkorridors erheblich eingeschränkt.

Der im Rahmen der Bundesfachplanung festgelegte Trassenkorridor ist im vorliegenden Bereich durch eine sehr hohe Dichte bereits vorhandener und geplanter Raumfunktionen und Raumnutzungen geprägt. Der Passageraum für die geplante Trasse wird im Osten zunächst maßgeblich durch den Verlauf der bestehenden, linienhaften Infrastruktur wie der Eisenbahnstrecke „Schortens Weißer Floh – Wilhelmshaven Nord DB Grenze“, der Gasleitung und dem in Planung befindlichen Nordsee-Ruhr-Link bestimmt. Durch ihren Verlauf in Verbindung mit dem östlich angrenzenden „Energiepark Ostiem“ sind die Möglichkeiten der Trassierung sehr begrenzt. Eine Verschwenkung der Trasse in die östliche Korridorhälfte hätte die mehrfache Kreuzung der o.g. Infrastruktur sowie eine Trassierung durch den „Energiepark Ostiem“ zur Folge. Ferner wird der Passageraum im Westen durch das „Gewerbegebiet Ostiem“ beschränkt. Die für das Vorhaben geltenden Planungsleit- und -grundsätze sehen insbesondere vor, dass die Unterquerung bestehender Gebäude vermieden werden soll, so dass das „Gewerbegebiet Ostiem“ die Trassierungsmöglichkeiten von Westen her einschränkt. Daher verbleibt für die Trassenführung im Korridor nur der Bereich westlich der bestehenden und geplanten Infrastruktur und östlich des Gewerbegebietes. Im nach Süden ausgerichteten Verlauf soll die Trasse dabei die B 210 und anschließend die Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ nach derzeitigem Planungsstand geschlossen unterqueren. Zwischen der B 210 und der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ sollen das Fließgewässer „Bohlwarfer Leide“, die K294, einige Versorgungsleitungen, ein Wirtschaftsweg sowie eine Biotopverbundfläche und eine bestehende Kompensationsfläche geschlossen unterquert werden. Nach derzeitigem Planungsstand sollen alle oben genannten Kreuzungsobjekte mit einem durchgehenden Mikrotunnel von nördlich der B 210 bis südlich der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ unterquert werden. Angesichts der vorhandenen Restriktionen im Korridor stehen für die Startgrube im Norden und die Zielgrube im Süden kaum Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung. Zur Sicherstellung des Kabeleinzugs soll auf dem Flurstück 15/14 ein Muffenstandort eingerichtet werden. Südlich der Querung der B 210 und der Bahnstrecke wird der Trassierungsraum durch das Fließgewässer „Schortenser Leide“ sowie dem südlich davon geplanten Windpark „Schortens Süd“ und dem FFH-Gebiet sowie dem Landschaftsschutzgebiet entlang des Fließgewässers „Upjerversches Tief“ eingeschränkt. Um den in Planung befindlichen Windpark zu umgehen, soll die Trasse nach Westen geführt werden. Hierbei sollen die Fließgewässer „Ostiemer Gastgraben“ und „Schortenser Leide“ geschlossen gequert werden. Eine östliche Umgehung des geplanten Windparks ist technisch nicht möglich. Der Raum ist nicht ausreichend, da sich durch die technisch erforderlichen Biegeradien der Kabel ein erhöhter Flächenbedarf ergeben würde. Angesichts dessen stehen für die Trassenführung am westlichen Korridorrand südlich der o.g. Querungen kaum Ausweichmöglichkeiten im Korridor zur Verfügung.

Andere Bauvorhaben oder sonstige räumliche Veränderungen, die den bereits heute ausgesprochen begrenzten Raum für die Trassenverlegung weiter einschränken, könnten die bauliche Realisierung der geplanten Leitung in diesem Bereich ernsthaft in Frage stellen. Um die oben beschriebene Querung der B 210 sowie der Eisenbahnstrecke „Sande - Jever“ innerhalb dieses Korridorbereichs sicherzustellen, muss der bislang noch zur Verfügung stehende Passageraum von baulichen Anlagen freigehalten werden. Angesichts dessen besteht ein Sicherheitsbedürfnis für die Flächen, die für die Errichtung der geplanten Leitung benötigt werden.

## 2.2 Rechtsfolge

### 2.2.1 Entschließungsermessen

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen des § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG erfüllt, steht es im Ermessen der Bundesnetzagentur, über den Erlass einer Veränderungssperre zu entscheiden. Es wurde hier im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ausgeübt. Folgende Erwägungen hat die Bundesnetzagentur angestellt:

Mit dem Erlass des BBPIG durch den Bundesgesetzgeber stehen die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Vorhaben fest. Gemäß § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG wird mit Erlass des Bundesbedarfsplans für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt. Die Bestimmung der Trassenkorridore geschieht zur Erfüllung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke, eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff sicherzustellen, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

Der Netzausbau kann dadurch behindert oder wesentlich erschwert werden, dass nach Abschluss der Bundesfachplanung auf den Flächen der Trassenkorridore Veränderungen vorgenommen werden, die der Verwirklichung der Vorhaben zuwiderlaufen. Die Veränderungssperre nach § 16 NABEG wirkt dem entgegen, indem sie in einem Abschnitt der Trassenkorridore eine Sperrwirkung begründet. Die Veränderungssperre dient somit der Sicherung der in der Bundesfachplanung ausgewiesenen Trassenkorridore für die spätere Planfeststellung der Höchstspannungsleitungen nach den §§ 18 ff. NABEG. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den Korridor von baulichen Anlagen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Trassenkorridors zu ermöglichen. Zugleich führt die Veränderungssperre dazu, dass bereits genehmigte Vorhaben während der Geltungsdauer der Veränderungssperre nicht mehr umgesetzt werden dürfen.

Für Eigentümer stellt die Veränderungssperre eine Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und damit einen Eingriff in das Eigentumsgrundrecht dar. Auch dingliche Nutzungsrechte fallen in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG.

Zugleich lässt die Veränderungssperre die Erforderlichkeit gemeindlicher Bauleitplanungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) entfallen und berührt insoweit das Interesse der Gemeinde Schortens (Stadt) in ihrer Planungshoheit.

Gemessen an dem überragenden öffentlichen Interesse und dem Interesse der öffentlichen Sicherheit an den Stromleitungsvorhaben, die in den Anwendungsbereich des NABEG fallen (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG), sind die grundrechtlich geschützten Interessen der betroffenen Grundstückseigentümer weniger gewichtig.

Der mit dem Erlass der Veränderungssperre einhergehende Eingriff in das Eigentum ist mithin verhältnismäßig und ermessensgerecht. Wie bereits ausgeführt, ist eine sichere Energieversorgung von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Um diese Sicherheit zu gewährleisten, stellt die Veränderungssperre ein

legitimes Mittel dar. Es ist schließlich auch zu berücksichtigen, dass dem Vorhaben Nr. 49 eine weitreichende, gesamtgesellschaftliche Bedeutung zukommt. Das Vorhaben dient nicht nur der Gewährleistung der Versorgungssicherheit, sondern auch der Unterstützung der Energiewende in Deutschland.

Die Veränderungssperre im Bereich der Gemeinde Schortens (Stadt), Gemarkung Schortens ist geeignet, den festgelegten Trassenkorridor und die spätere Trassierung für das Vorhaben zu sichern. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den Korridor von baulichen Anlagen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Trassenkorridors zu ermöglichen.

Ferner ist die Veränderungssperre erforderlich, um die Trassierung zu ermöglichen. Denn der Korridorbereich weist mit den oben genannten bereits vorhandenen und geplanten Raumfunktionen und Raumnutzungen sowie naturräumlichen Elementen eine hohe Dichte an Planungshindernissen auf. Zur Verwirklichung des gesetzlichen Auftrags zum zügigen Ausbau des Netzes und der damit einhergehenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist der Vorhabenträger auf die Sicherung derjenigen Grundstücke angewiesen, auf welchen sich die Möglichkeit zeigt, dass die Trassierung erheblich erschwert wird. Insbesondere, da es sich wie oben beschrieben bei der Start- und Zielgrube zur Unterquerung der B 210 und der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ um einen technischen Zwangspunkt handelt, muss der Bereich gesichert werden, um zu verhindern, dass andere Vorhaben kurzfristig umgesetzt werden. Andere, mildere Maßnahmen, die in gleicher Weise geeignet sind, die Trassierung innerhalb des festgelegten Korridors zu sichern, sind nicht ersichtlich. So haben etwaige Stellungnahmen des zuständigen Vorhabenträgers sowie der Bundesnetzagentur als zuständiger Genehmigungsbehörde im Rahmen von Genehmigungsverfahren nur begrenzt Einfluss auf die Genehmigungserteilung und sind insoweit nicht gleichermaßen zur Trassensicherung geeignet. Insbesondere würden etwaige mündliche Absprachen oder schriftliche Zusagen nicht den gleichen Erfolg erzielen.

Die Entschließung zu einer Veränderungssperre ist im Übrigen auch angemessen. Das mit der Veränderungssperre verfolgte Ziel der sicheren Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl und steht deswegen in seiner Wertigkeit nicht außer Verhältnis zur Intensität des Eingriffs. Die Veränderungssperre dient der Sicherung des aktuellen Zustands. Zur Verwirklichung des gesetzlichen Auftrags zum zügigen Ausbau des Übertragungsnetzes und der damit einhergehenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist der Vorhabenträger auf die Sicherung des Passageraumes im Korridorbereich für eine spätere Trassierung angewiesen.

Da die Nutzbarkeit des jeweiligen Grundstücks nur im Hinblick auf die Wirkung des § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 NABEG eingeschränkt wird und nicht etwa Eigentumsrechte entzogen werden, ist der Umfang der Eingriffe in qualitativer Hinsicht begrenzt. So könnten den räumlichen Geltungsbereich der vorliegenden Veränderungssperre betreffende Planungen für die Errichtung baulicher Anlagen oder sonstige Landnutzungen weiter verfolgt und ggf. in einer an die Erdkabelleitung angepassten Ausgestaltung realisiert werden. Mit Blick auf die durch die Veränderungssperre berührten landwirtschaftlichen Flächen bedeutet das, dass diese während der Geltungsdauer der Veränderungssperre weiterhin gleichermaßen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden können. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Veränderungssperre nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu befristen und daher nur temporärer Natur ist. Nach Ablauf dieser Frist

bzw. wenn die Voraussetzungen für eine Veränderungssperre nicht mehr vorliegen, sind die gesicherten Flächen – je nach technischer Ausgestaltung – nutzbar, sodass ggf. geplante andere Bauvorhaben und sonstige Landnutzungen realisiert werden können. Auf § 16 Abs. 2 Satz 2 NABEG, wonach die Veränderungssperre auf Antrag aufzuheben ist, wenn überwiegende Belange von Betroffenen entgegenstehen, wird hingewiesen.

### 2.2.2 Auswahlermessen

Nicht nur der Entschluss zu einer Veränderungssperre, sondern auch deren Umfang stehen im Ermessen der Bundesnetzagentur (Auswahlermessen). Es wurde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ausgeübt. Hierbei wurden, ergänzend zu den oben genannten, folgende Ermessenserwägungen angestellt:

Der von der Veränderungssperre erfasste Bereich betrifft die potentielle Trassenachse des Vorhabenträgers, wie sie sich nach derzeitigem Planungsstand sowie in den Unterlagen nach § 8 NABEG auf Bundesfachplanungsebene darstellt. Die Bundesnetzagentur hat dabei insbesondere berücksichtigt, dass insbesondere für die technisch anspruchsvolle geschlossene Unterquerung der B 210 und der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ und damit für die Einrichtung der Gruben der geschlossenen Unterquerung keine Ausweichmöglichkeiten im TKS V49-02a vorliegen. Die Bundesnetzagentur hat bei der Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs der vorliegenden Veränderungssperre zudem berücksichtigt, dass die B 210 und die Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ in geschlossener Bauweise zu unterqueren sein werden. Dies setzt die Verfügbarkeit der zu unterquerenden Flächen und entsprechender Baustelleneinrichtungsflächen für die Unterbohrungen voraus. Darüber hinaus hat die Bundesnetzagentur die Tatsache berücksichtigt, dass sowohl die B 210 als auch die Eisenbahnstrecke jeweils möglichst lotrecht zu queren sein werden, um bauliche und betriebliche Restriktionen für die zu unterquerenden Infrastrukturen möglichst gering zu halten.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre beschränkt sich auf das angesichts der vorstehend dargelegten Umstände Erforderliche und erfasst lediglich diejenigen Flurstücke und Flurstücksteile, die für eine Trassierung in Frage kommen und bei welchen die Möglichkeit besteht, dass die Trassierung erschwert wird. Wie bei einer gesetzlichen Veränderungssperre nach § 44a EnWG umfasst der Umfang der vorliegenden Veränderungssperre diejenigen Flächen, die für das Vorhaben unmittelbar – endgültig oder vorübergehend – in Anspruch genommen werden (vgl. Pielow in: Säcker, Berliner Kommentar zum Energierecht, 4. Auflage 2019, § 44a EnWG, Rn. 9). Umfasst ist von der Veränderungssperre der Bereich, der vom Vorhabenträger voraussichtlich als Baubedarfsfläche für die Bau- und Bohrgruben der geplanten Trasse sowie der geschlossenen Querung der B 210 sowie der Eisenbahnstrecke „Sande – Jever“ benötigt wird. Dabei wurde berücksichtigt, dass die Flächenplanung noch nicht final abgeschlossen ist. So stehen beispielsweise die exakte Ausdehnung der Arbeitsflächen der Bau- und Bohrplätze nicht final fest, da sich die Aufspreizung der Bohrungen erst mit der abschließend vorliegenden Baugrunduntersuchung festlegen lässt. Insofern war bei der zu sichernden Fläche im Bereich der geschlossenen Unterquerungen ein gewisser Spielraum mitzurechnen. Hinzu kommt, dass für die geplante Muffe im Flurstück 15/14, Flur 28 ein breiterer Arbeitsstreifen benötigt wird, da die Muffenstandorte mit einer Flächeninanspruchnahme von jeweils ca. 1 ha einen erhöhten Platzbedarf aufweisen.

Nach den bisherigen Planungen des Vorhabenträgers erscheint die Nutzung des Passageraumes hinreichend wahrscheinlich. Auch kann keine genauere Standortbestimmung vor Einreichung der Planfeststellungsunterlagen nach § 21 NABEG erfolgen, um etwa den Geltungsbereich weiter einzugrenzen und die Betroffenheit der jeweiligen Grundstückseigentümer weiter zu verringern. Vielmehr muss innerhalb des hier vorgesehenen Geltungsbereichs dem Vorhabenträger ausreichender Spielraum verbleiben, um eine Feintrassierung im späteren Planungsverlauf bestimmen zu können. Auch wird auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG hingewiesen.

3. Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG kann ein Tag für die Bekanntgabe der Veränderungssperre bestimmt werden, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag. Da die Bekanntmachung am 17.06.2026 erfolgt, wird bestimmt, dass die Veränderungssperre am 18.06.2026 als bekanntgegeben gilt. Die Bundesnetzagentur macht die Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 4 NABEG in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt.
4. Die Veränderungssperre ist nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG auf fünf Jahre zu befristen. Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 4 NABEG kann die Bundesnetzagentur die Frist um weitere fünf Jahre verlängern, wenn besondere Umstände dies erfordern.
5. Die Kostenfreiheit ergibt sich aus § 30 NABEG. Die Veränderungssperre zählt nicht zu den dort aufgeführten kostenpflichtigen Amtshandlungen.

#### IV.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig erhoben werden. Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid hat gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids beim Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig gestellt und begründet werden (§ 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 16.06.2026

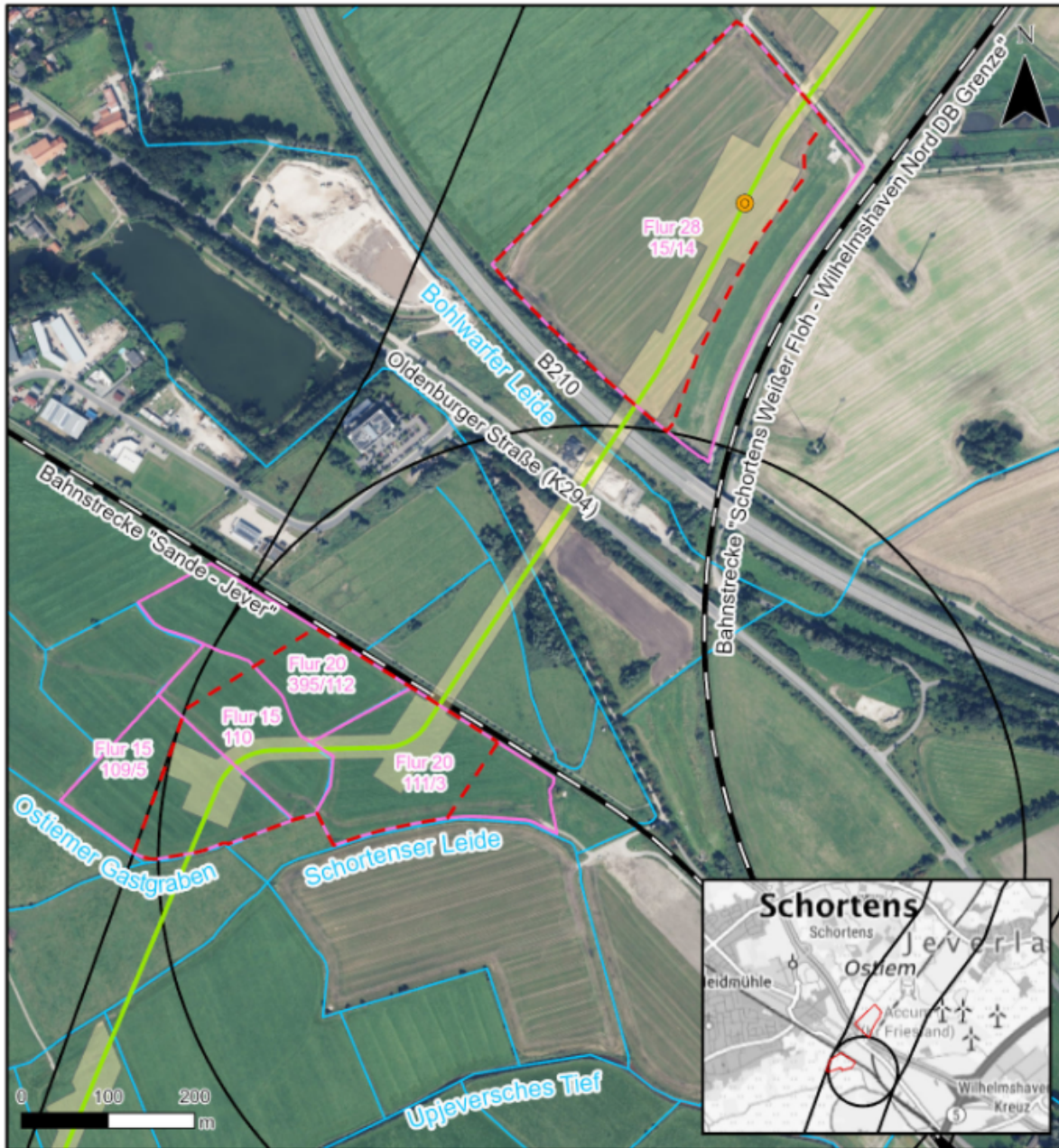
Im Auftrag

Gez.

Ines Reichel

Abteilung Ausbau Stromnetze, RefLn 805

Anlage:



Zeichenerklärung

- Geltungsbereich der VS
- Flurstücksgrenze
- Grenze des festgelegten Trassenkorridors
- Muffe
- Trassenachse
- Arbeitsstreifen
- Bahnstrecke

Quellennachweis:  
 Basisdaten: © GeoBasis-DE / BKG 2026;  
 Fachdaten (Trasse): Amprion GmbH